

für Halle monatlich bei zweimonatiger Vorbestellung 4,00 Mark, vierteljährlich 12,00 Mk., durch die Post 12,00 Mk. zuzüglich Postgebühren. Bestellungen werden von allen Reichsbezirken angenommen. Im amtlichen Zeitungsverzeichnis unter Sozial-Verlag eingetragen. Für Umschlagnahme eingegangener Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit dem schriftlichen Einverständnis des Verlegers. Ferner der Schriftleitung Nr. 1140, der Zeitungs-Abteilung, Nr. 1142 u. 7411, der Bezugs-Abt., Nr. 11336

Zaale-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Die 6 gepaltene 34 mm breite Millimeterlinie oder deren Raum 40 Pl. zum Anzeigenpreis 50 Pf. Kleinanzeige 2,00 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. für die Anzeigenpreise. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntag und Montag: 1 mal. Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 15. Dr. Grabowski, 17. Neben-Geschäftsstellen: Gera, Marktstr. 42 u. Markt 23. Verlags-Kontoe Leipzig Nr. 4609.

Um die Nationalversammlung.

Die Auflösung am 1. Mai abgelehnt. — Warnung der Reichsregierung vor Angriffen auf fremde Missionen.

18. Berlin, 9. März. 152. Sitzung. Vizepräsident Dietrich eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten.

Auf Anfrage Kuntz (U. S.) wird regierungspolitisch geantwortet, daß seitens der Reichswehrverwaltung Posten zur Unterstützung des Reiches nicht zur Verfügung gestellt werden können.

Auf Anfrage Rummel wird geantwortet, es sei nicht wahr, daß der Reichswirtschaftsrat sich über die Immunität von Abgeordneten hinwegsetze.

Ergänzende Fragen des Abg. Kuntz werden vom Vizepräsidenten als unzulässig abgelehnt, was dieser als Geschäftsverwaltungsmaßnahme bezeichnet.

Auf Anfrage Degler (Dn.) wird geantwortet, daß in den Durchgangsländern Druckverleumdungen verschiedener Art zu beklagen seien. Ein Druck auf die Soldaten zur Annahme von Schriften besonders Art und Weise werde nicht ausbleiben. Durch internationale Schriften amtlich zu verteilten, sei nicht anzusehen.

Auf Anfrage Webers-Hoffen (D. B.) wird geantwortet, daß der Entwurf einer Verordnung ausgearbeitet werde, um den Wehrbehörden bei einer Veränderung von Grundbesitz Eingangsverboten.

Auf Anfrage Dr. Herrmann-Holten (Dem.) wird geantwortet, daß die Reichsregierung wegen der Ablage der Presse monatlich 10 Millionen Mark zur Verfügung stelle.

Voransgesetzt, daß die Forderung dieses Holz zur Verfügung stehen, in dieser Hinsicht Verhandlungen.

Auf Anfrage Oberhollen (Dn.) wird geantwortet, daß die Reichsregierung den landesvertragsmäßigen Bestellungen in Schlesien mit aller Evidenz entgegenzutreten werde.

Auf Anfrage Osterfeld (Dem.) wird geantwortet, daß die amtliche Presseamt nicht vollständig zum Gebrauch der sachverständigen amtlichen Stellen vorfinden würde. Es soll Abmahnung nicht werden und später allgemein bekannt werden.

Auf Anfrage Cieske (Soz.) wird geantwortet, daß gegenüber den kommunikativen Vorkommnissen bei Vermählungen in Mecklenburg die Reichsregierung der Ansicht ist, daß es Sache der Landesregierungen sei, die Verammlungs-freiheit zu schützen.

Auf Anfrage Frau Kahl (Soz.) wird geantwortet, daß die Mitgliedschaft für die Einziehung in Anklam bei Kahl die Entziehung von Mitgliedern wieder ausgenommen habe.

Es folgt die

Verhandlung des Antrages Arnstadt

betreffend den Aufnahmestapel der Nationalversammlung über ihrer Auflösung noch zurückgehenden Gesetzgebung, folgende Vorlegung des Reichswahlgesetzentwurfs vom 1. Mai 1920.

Abg. Dr. Graf von Poladowitz (Dn.): Die Nationalversammlung wird bestimmt, die Verfassung zu schaffen, die dem Reich und dem Reichsbereich, das Wahlrecht für den Reichstag und das Wahlrecht für den Reichsrat.

Das Wahlgewicht haben, die Wahlberechtigung im Reichstag und im Reichsrat, die Wahlberechtigung im Reichstag und im Reichsrat, die Wahlberechtigung im Reichstag und im Reichsrat.

Die Wahlberechtigung im Reichstag und im Reichsrat, die Wahlberechtigung im Reichstag und im Reichsrat, die Wahlberechtigung im Reichstag und im Reichsrat.

Die Wahlberechtigung im Reichstag und im Reichsrat, die Wahlberechtigung im Reichstag und im Reichsrat, die Wahlberechtigung im Reichstag und im Reichsrat.

Die Wahlberechtigung im Reichstag und im Reichsrat, die Wahlberechtigung im Reichstag und im Reichsrat, die Wahlberechtigung im Reichstag und im Reichsrat.

Die Wahlberechtigung im Reichstag und im Reichsrat, die Wahlberechtigung im Reichstag und im Reichsrat, die Wahlberechtigung im Reichstag und im Reichsrat.

Die Wahlberechtigung im Reichstag und im Reichsrat, die Wahlberechtigung im Reichstag und im Reichsrat, die Wahlberechtigung im Reichstag und im Reichsrat.

Die Wahlberechtigung im Reichstag und im Reichsrat, die Wahlberechtigung im Reichstag und im Reichsrat, die Wahlberechtigung im Reichstag und im Reichsrat.

Die Wahlberechtigung im Reichstag und im Reichsrat, die Wahlberechtigung im Reichstag und im Reichsrat, die Wahlberechtigung im Reichstag und im Reichsrat.

Die Wahlberechtigung im Reichstag und im Reichsrat, die Wahlberechtigung im Reichstag und im Reichsrat, die Wahlberechtigung im Reichstag und im Reichsrat.

Die Wahlberechtigung im Reichstag und im Reichsrat, die Wahlberechtigung im Reichstag und im Reichsrat, die Wahlberechtigung im Reichstag und im Reichsrat.

Die Wahlberechtigung im Reichstag und im Reichsrat, die Wahlberechtigung im Reichstag und im Reichsrat, die Wahlberechtigung im Reichstag und im Reichsrat.

Austritt der Deutschen aus der internationalen Kommission.

18. Berlin, 9. März. Die fünf deutschen Vertrauensleute bei der Internationalen Kommission für Nordwestdeutschland haben gestern unter der Angabe, daß die Dänemärkte befristet werden, ihre Resignation abgegeben.

18. Berlin, 9. März. (Eigene Drahtnachricht.) Die gesamten Deutschen Mitglieder der Internationalen Kommission haben den Generaldirektor der Kommission eine Erklärung überreicht, in der sie ihren Austritt anzeigten.

Sie begründen ihren Schritt mit der wenig variablen Haltung der Internationalen Kommission. Eine weitere Mitarbeit sei ihnen nicht möglich, da die Kommission mit dem Einverständnis der Beamten und dem Verbot des Treuens und Versagens regionaler Abteilungen der Dänen den Gleichberechtigung verleihe.

Das Austrittsbescheid der deutschen Mitglieder der Internationalen Kommission hat in Malmö und ganz Nordwestdeutschland das größte Aufsehen erregt. In der nächsten Woche wird das Vorgehen der deutschen Mitglieder bekannt werden.

Auf die Maßnahmen der Internationalen Kommission, die sich besonders gegen die Deutschen richten, haben die Deutschen Proteste geäußert. Es ist nicht zu erwarten, daß sie die den nächsten Sonntag ansetzen. In der zweiten Woche durch den Austritt der deutschen Mitglieder der Internationalen Kommission eine Veränderung erzielt.

Die deutschen Sachverständigen an den vorerwähnten Arbeitstagen der Kommission solle Hilfe leisten, die in der letzten Zeit schwer zu erlangen sei.

Einstellungszwang für Schwerbeschädigte.

Berlin, 9. März. (Eigene Drahtnachricht.) Der Sozialpolitische Ausschuss hat in zweiter Lesung das Gesetz über den Einstellungszwang für Schwerbeschädigte festgestellt.

Das Nationalversammlung wird am Freitag darüber im Plenum zu verhandeln. Bestimmte wird, daß auf Vertriebe bis zu 50 Arbeitern ein Schwerbeschädigter, bis zu 100 mindestens zwei Schwerbeschädigte einzustellen müssen.

Betriebe, die keine bereits mehr als sechs Schwerbeschädigte auf 100 Arbeiter einzustellen können, müssen die überschüssigen Schwerbeschädigten entlassen.

1000 Mark Hinterlegungsgebühr.

Berlin, 9. März. (Eigene Drahtnachricht.) Im Reichspostministerium besteht die Ansicht, auf keinen Fall die Hinterlegungsgebühr von 1000 Mark für einen Temporalbescheid sollen zu lassen. Es wird behauptet, daß ohne die Einzahlung dieser Summe, die auf eine Milliarde berechnet wird, die Einzahlung und Hinterlegung des Präfektors unmöglich wäre, daß auf anderer Seite die Mittel nicht aufzubringen sind.

In parlamentarischen Kreisen will man wenigstens die Verzinsung der Hinterlegungsgebühr von 4 auf 8 Prozent erhöhen in der ersten Session, daß eine solche die Verwaltung des Reichspostministers als nicht zentral genug erachtet und im Reichstag wird, dem ganzen Plan auszuweichen.

Abnahme der Eisenbahneinnahmen.

18. Berlin, 9. März. Wie der „Volks-Anz.“ berichtet, hat in der ersten Märzwoche infolge der hundertsprozentigen Erhöhung der Eisenbahntarife nach Meldung einiger Eisenbahndirektionen die Einnahme aus dem Personenerwerb erheblich nachgelassen.

Die Abnahme, um in die dritte und vierte Prozent der Abnahme, doch jedoch eine andere Zusammenstellung der Abgabe als notwendig beansucht.

Ein verunglückter Einführungsvorschlag Bela Kuns.

Wien, 9. März. (Eigene Drahtnachricht.) Nach Mitteilung der Wiener Polizei bezieht es sich, daß die Täter, die den besetzten kommunistischen Bela Kun aus seiner Wohnung entführen wollten, in Ungarn zu landen sind. Eine Anzahl ungarischer Offiziere und Mannschaften des 28. ungarischen Infanteriebataillons haben auf Verlangen des Kommandeurs Bela Kun sich über lebendig nach Ungarn schaffen wollen und verweigern sich dem ehemaligen Oberhaupt der ungarischen Räte erfüllt zu bemächtigen.

Durch die Beschlüsse des in dem Wohnungsgebäude befindlichen Kommandos konnte jedoch die Einführung rechtzeitig verhindert werden, doch gelang es nicht einen der Teilnehmer festzunehmen.

noch besteht ist. Hier würden Parteimitglieder und nationale Truppen in den besetzten Gebieten durcheinander spielen zum Schaden des Deutschen Reiches. Vielleicht könnten auch die Wehren in den besetzten Gebieten verboten werden.

Dann würden die Reichstagswahlen der Kreise, zu denen diese Gebiete gehören, ungültig werden. Es auch bei Eupen und Malmedy, bei Schleswig, Mauren und Westpreußen, bei Oberschlesien. Wir können überall hoffen, daß im Herbst die Wahlmänner zusammen in diesen Gebieten abgehalten werden können. Wir müssen das hinnehmen. Im Herbst können auch die zurückgebliebenen Reichstagsabgeordneten an den Wahlen teilnehmen. Unabhängig

noch besteht ist. Hier würden Parteimitglieder und nationale Truppen in den besetzten Gebieten durcheinander spielen zum Schaden des Deutschen Reiches. Vielleicht könnten auch die Wehren in den besetzten Gebieten verboten werden.

Dann würden die Reichstagswahlen der Kreise, zu denen diese Gebiete gehören, ungültig werden. Es auch bei Eupen und Malmedy, bei Schleswig, Mauren und Westpreußen, bei Oberschlesien. Wir können überall hoffen, daß im Herbst die Wahlmänner zusammen in diesen Gebieten abgehalten werden können. Wir müssen das hinnehmen. Im Herbst können auch die zurückgebliebenen Reichstagsabgeordneten an den Wahlen teilnehmen. Unabhängig

noch besteht ist. Hier würden Parteimitglieder und nationale Truppen in den besetzten Gebieten durcheinander spielen zum Schaden des Deutschen Reiches. Vielleicht könnten auch die Wehren in den besetzten Gebieten verboten werden.

ledigt werden muß das Wahlrecht zum Reichstag, das in alternativer Zeit dem Hause zugeht, nachdem der Reichstag es erledigt hat. Das Kabinett hat sich bereits schließlich entschieden. Allerdings muß das Haus das schwierige Gesetz nicht so schnell erledigen können. (Zurück des Abg. Schulz-Bromberg: Das habe ich ja alles schon miteinander abgemacht. Heiterlich.) Aber nicht erledigt werden die Gesetze über den Volksentscheid und die Reichspräsidentenwahl, das neue Wahlgesetz, das Reichs-Vollzugs-Gesetz, der Staatsgerichtshof, der Wirtschaftsrat, die Beamtenaus-schüsse. Dazu kommen ferner die Neuerung der Bezüge der Kriegswitwen und Waisen, das Reichsausgleichs-gesetz. Erwünscht wäre es, wenn es gelänge, in die Entschiedenungen einzutreten. Doch wäre dies allein kein Grund, die Nationalversammlung länger zusammenzuhalten.

Auf die Einbringung der Schul- und Unfallgesetze verstanden wir. Aber die wichtigsten und nötigen Gesetze dürfen nicht über-führt werden. Auch wenn es nicht gelingt, das eine oder das andere wichtige Gesetz zu verabschieden, will die Regierung die Wahlen unmittelbar nach der Ernte im Herbst stattfinden lassen. Die Nationalversammlung muß so lange in Kraft bleiben, bis der neue Reichstag zusammengetreten ist. Das Haus wird eine unerhörte Rolle wertvoller Arbeit in anderthalb Jahren leisten können. Vorwärts und aufwärts!

Minister Dr. Holt: Ich bin es unter größter Schwierigkeiten gelungen ist, die Reichspräsidenten der Eisenbahnen in die Wege zu leiten, auch nach der Nationalversammlung davon liegen, die Mehrheit der Eisenbahnen auf das Reich nur noch geleglich so bald wie möglich unter Dach und Fach zu bringen.

Abg. Foh (Soz.): Auch wir wollen die National-versammlung nicht eine Minute länger zusammenhalten, als es staatsrechtlich ist. Wir müssen im Herbst die Wahlen haben. Aber die nötigen Gesetze müssen sämtlich fertiggestellt sein bis dahin, und der Belagerungsstaat muß bis dahin aufgehoben sein. Wir den parlamentarischen Strömungen der Nationalversammlung durch Angriffe der Reichstagsabgeordneten im Reichstag und im Reichsrat.

Minister Koch: Vorzelt werden die nötigen Gesetze dem Haus unter allen Umständen. Es wird an der Arbeits-freudigkeit das Haus liegen, ob sie fertig kommen.

Abg. Trimborn (Ztr.): Wir lernen Neuwahlen mit großer Ruhe entgegen. Die Nationalversammlung hat verfassungsmäßig das Recht, selbst ihr Ende zu bestimmen. Für die Wahl des Reichstags mußte ausgeklammert sein der zu erledigende Stoff, hinsichtlich dessen wir dem Minister aufpassen und ferner die Verantwortung, daß die Bestimmungen unberührt von den Reichstagsausfällen erledigt sein müssen.

Abg. Bröckel (Dem.): Es ist mir drinnen sehr be-helfend, besonders die Argumente der Reichstagsabgeordneten, daß die Wehrverleumdungen der Nationalversammlung nur widerstreben, um sich noch länger an der Macht zu erhalten, und noch am letzten Sonnabend haben uns die Herren Schulz-Bromberg und Dr. Rieber zu verstehen gegeben, wir möchten uns ein Mandat an, das uns vom Volk nicht über-tragen worden sei. Wir haben den Reichstagsabgeordneten der Ver-fassung für uns. Die Vornahme von Wahlen in dem besetzten Abteilungsgebiet würde dem nationalen Gedanken nicht förderlich sein. Es kommen in den 5 Abteilungs-gebieten nicht weniger als 63 Abgeordnete in Frage. Das Volk hat sich den Verlauf der Dinge nicht etwas so gedacht, daß die aus der Revolution geborene Nationalversammlung die Nationalversammlung die Verfassung gibt und dann nachhause geht. Daß die Deutschnationalen Zulauf haben, befreit wir nicht, aber sie sollen nicht vergessen, daß alle aufzutreten zu ihnen kommen. Alles Weibel, das wir heute noch legen, stellen sie hin als Ergebnis der Revolution und der Koalitionserfolge. Diese Ignoranz ist unerschwinglich. Wir man einen Konturserwörter nicht für den Bankrott verantwortlich machen kann, so find die Koalitionsparteien nicht verantwortlich zu machen für die gegenwärtigen Zustände, die durch den unglücklichen Krieg entstanden sind. Wir sehen es einfach ab und setzen in der Verwirklichung der Andeutung des Grafen Poladowitz entgegen, daß seine Partei mit allen Mitteln (Zurück; parlamentarisch) die Neuwahlen befehligen wird.

Abg. Hente (U. S.): Der Belagerungsstaat muß so-fort aufgehoben werden.

Minister Dr. Domb: Wenn man am 1. Mai aussein-ander gehen will, mußte man die wichtigsten Gesetze liegen lassen bis zum Herbst, so die Beamten-Regelung. (Zurück; Hente, Berlin nach.) Nun, an der Regierung soll es nicht liegen. Wir wollen leben, wie weit wir können. Die Regierung soll fortresolutionäre sein. Wer trägt denn die Schuld daran, daß die Koalition heute in Deutschland etwas über ihre Hauptfrage?

In erster Linie die Entente, die der deutschen Republik das Leben schwer macht. Aber daneben haben auch die Deu-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt

urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200310011/fragment/page=0001

DFG

15. März. Am 12. d. M. Die die Blätter aus London melden, erklärte Lord George im House of Commons, dass die französische Regierung...

Die Abstimmung in der 2. Zone Schlezwigs

12. März. Berlin, 9. März. Der Deutsche Ausschuss für Schleswig teilt mit: Es wird durch die Abstimmung in der zweiten Zone...

Der Friedensvertrag mit Ungarn.

12. März. London, 9. März. Reuters. Gestern nachmittag fand im foreign office eine Sondertagung der Botschafter...

Pölnische Dreifaltigkeit.

12. März. Danzig, 9. März. (Drahtnachricht.) Aus vielen Orten Pölns des polnischen Korridors lauten bittere Beschwerden...

12. März. Danzig, 9. März. (Drahtnachricht.) Aus vielen Orten Pölns des polnischen Korridors lauten bittere Beschwerden...

Beitritt Dänemarks und der Schweiz zum Völkerverbund.

12. März. London, 9. März. Reuters. Der dänische und der schweizerische Gesandte teilten dem Generalsekretär des Völkerverbundes...

Die „Freiheit“ über den Belagerungsstand in Sachsen.

12. März. Berlin, 9. März. Die „Freiheit“ unter der Überschrift: „Die Belagerungsstände in Sachsen“...

12. März. Berlin, 9. März. Die „Freiheit“ unter der Überschrift: „Die Belagerungsstände in Sachsen“...

12. März. Berlin, 9. März. Die „Freiheit“ unter der Überschrift: „Die Belagerungsstände in Sachsen“...

12. März. Berlin, 9. März. Die „Freiheit“ unter der Überschrift: „Die Belagerungsstände in Sachsen“...

12. März. Berlin, 9. März. Die „Freiheit“ unter der Überschrift: „Die Belagerungsstände in Sachsen“...

12. März. Berlin, 9. März. Die „Freiheit“ unter der Überschrift: „Die Belagerungsstände in Sachsen“...

12. März. Berlin, 9. März. Die „Freiheit“ unter der Überschrift: „Die Belagerungsstände in Sachsen“...

12. März. Berlin, 9. März. Die „Freiheit“ unter der Überschrift: „Die Belagerungsstände in Sachsen“...

12. März. Berlin, 9. März. Die „Freiheit“ unter der Überschrift: „Die Belagerungsstände in Sachsen“...

12. März. Berlin, 9. März. Die „Freiheit“ unter der Überschrift: „Die Belagerungsstände in Sachsen“...

12. März. Berlin, 9. März. Die „Freiheit“ unter der Überschrift: „Die Belagerungsstände in Sachsen“...

12. März. Berlin, 9. März. Die „Freiheit“ unter der Überschrift: „Die Belagerungsstände in Sachsen“...

12. März. Berlin, 9. März. Die „Freiheit“ unter der Überschrift: „Die Belagerungsstände in Sachsen“...

12. März. Berlin, 9. März. Die „Freiheit“ unter der Überschrift: „Die Belagerungsstände in Sachsen“...

12. März. Berlin, 9. März. Die „Freiheit“ unter der Überschrift: „Die Belagerungsstände in Sachsen“...

12. März. Berlin, 9. März. Die „Freiheit“ unter der Überschrift: „Die Belagerungsstände in Sachsen“...

12. März. Berlin, 9. März. Die „Freiheit“ unter der Überschrift: „Die Belagerungsstände in Sachsen“...

12. März. Berlin, 9. März. Die „Freiheit“ unter der Überschrift: „Die Belagerungsstände in Sachsen“...

12. März. Berlin, 9. März. Die „Freiheit“ unter der Überschrift: „Die Belagerungsstände in Sachsen“...

12. März. Berlin, 9. März. Die „Freiheit“ unter der Überschrift: „Die Belagerungsstände in Sachsen“...

12. März. Berlin, 9. März. Die „Freiheit“ unter der Überschrift: „Die Belagerungsstände in Sachsen“...

12. März. Berlin, 9. März. Die „Freiheit“ unter der Überschrift: „Die Belagerungsstände in Sachsen“...

12. März. Berlin, 9. März. Die „Freiheit“ unter der Überschrift: „Die Belagerungsstände in Sachsen“...

12. März. Berlin, 9. März. Die „Freiheit“ unter der Überschrift: „Die Belagerungsstände in Sachsen“...

Das Schicksal der nordschleswigschen Flotte.

12. März. Berlin, 9. März. (Eigene Drahtnachricht.) Nationalrat und Reichstag erfahren aus angeblich zuverlässiger Quelle...

Die Wiederherstellung des Dampfers „Vaterland“.

12. März. Berlin, 9. März. (Eigene Drahtnachricht.) Aus New York wird gemeldet, dass die Wiederherstellung des Dampfers „Vaterland“...

Schließung der Kadettenanstalt Großlichterfelde.

12. März. Berlin, 9. März. Gemäß dem Friedensvertrag wurde heute die Hauptkadettenanstalt Großlichterfelde geschlossen...

Die Hauptpunkte des Wirtschafts-Memorandums.

12. März. Rotterdam, 9. März. Laut „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet „Lands Chroniek“, dass das Wirtschafts-Memorandum...

Das Wirtschafts-Memorandum.

12. März. Paris, 9. März. (Drahtnachricht.) Wie die Blätter melden, haben die Vertreter der Schweizerischen Regierung...

Willkommene Haltung bei den Vorbereitungen.

12. März. Amsterdam, 9. März. Laut Telegraf melden die Times aus Washington: Wilson stellt allen Bedenken...

Zum Verkauf der westindischen Inseln.

12. März. Amsterdam, 9. März. Telegraf meldet aus London: Lord George erklärte im Unterhaus...

Die Reichsregierung.

12. März. Berlin, 9. März. (Drahtnachricht.) Die Reichsregierung erlässt folgenden Aufruf:

Ein Aufruf der Reichsregierung.

Zurückhaltung und Würde gegenüber den fremden Missionen.

Das Ende des Kriegsgefangenen-Elends.

12. März. Berlin, 9. März. (Drahtnachricht.) Die Reichsregierung hat Schritte unternommen...

Die Reichsregierung.

12. März. Berlin, 9. März. (Drahtnachricht.) Die Reichsregierung erlässt folgenden Aufruf:

Ein Aufruf der Reichsregierung.

Zurückhaltung und Würde gegenüber den fremden Missionen.

Deutsches Reich.

Sachverständigen-Ausschuss in Düsseldorf.

Halle und Umgebung.

12. März. Halle, den 10. März 1920.

Luxussteuerpflicht von Privatpersonen.

Zug nach dem neuen Umsatzsteuergesetz vom 24. Dezember 1919...

Die Steuer ist vom Verkäufer durch Verminderung von Umsatzsteuermärkten zu entrichten...

Die Steuer ist vom Verkäufer durch Verminderung von Umsatzsteuermärkten zu entrichten...

Die Steuer ist vom Verkäufer durch Verminderung von Umsatzsteuermärkten zu entrichten...

Die Steuer ist vom Verkäufer durch Verminderung von Umsatzsteuermärkten zu entrichten...

Die Steuer ist vom Verkäufer durch Verminderung von Umsatzsteuermärkten zu entrichten...

Die Steuer ist vom Verkäufer durch Verminderung von Umsatzsteuermärkten zu entrichten...

Die Steuer ist vom Verkäufer durch Verminderung von Umsatzsteuermärkten zu entrichten...

Die Steuer ist vom Verkäufer durch Verminderung von Umsatzsteuermärkten zu entrichten...

Die Steuer ist vom Verkäufer durch Verminderung von Umsatzsteuermärkten zu entrichten...

Die Steuer ist vom Verkäufer durch Verminderung von Umsatzsteuermärkten zu entrichten...

Die Steuer ist vom Verkäufer durch Verminderung von Umsatzsteuermärkten zu entrichten...

Die Steuer ist vom Verkäufer durch Verminderung von Umsatzsteuermärkten zu entrichten...

Die Steuer ist vom Verkäufer durch Verminderung von Umsatzsteuermärkten zu entrichten...

